

Demokratie im Spätherbst?

Anmerkungen zum Zustand der Demokratie auf allen Ebenen und mögliche Perspektiven

Herwig Hösele



Demokratie im Spätherbst? Im Spätherbst/Winter 2015 muss jedenfalls ein prekäres Bild der Demokratie global, europäisch und auch national gezeichnet werden.

Dem demokratischen Aufbruch im „arabischen Frühling“ ist ein tiefer Winter des Fundamentalismus, der Diktaturen und der kriegerischen Auseinandersetzungen gefolgt. In allen Demokratien Europas sind die Radikalen und Populisten sowohl des linken als auch des rechten Randes bei allen Wahlen und Umfragen im Vormarsch.¹

Seit den negativen Referenden in Frankreich und Holland 2005 ist auch die Stimmung in der EU auf Moll. Die Griechenland-Eurokrise und nun vor allem der unkontrollierte Flüchtlingsstrom fördern die EU-Skepsis; das Demokratiedefizit der EU wird noch deutlicher. Die Diagnose der „Postdemokratie“, in der nur mehr eine demokratische Fassade

mit ohnmächtiger Politik existiert, in der aber eigentlich die großen Konzerne und Banken herrschen, wird oft bemüht. Verschwörungstheorien grassieren. Die Schwächung der politischen Mitte führt zu einer Polarisierung und Spaltung, einem Riss in der Gesellschaft und zum Verlust der Integrationskraft.

Die Stimmung hat umgeschlagen. Im Herbst 2015 herrscht eine Stimmung von Gefahr und es gab jedenfalls gegenüber den letzten 25 Jahren einen fundamentalen Wandel der Gefühlslage:

Nach dem Fall der Mauer in Berlin und dem Zusammenbruch des Kommunismus in Zentraleuropa im annus mirabilis 1989 war die Euphorie groß, manche Intellektuelle sprachen vom „Ende der Geschichte“, womit suggeriert wurde, dass Demokratie und Menschenrechte einen unaufhaltsamen Siegeszug angetreten hätten. Ähnlich optimistisch klingt die im Herbst 1990 von den Regierungs- und Staatschefs der OSZE-Mitgliedstaaten (OSZE ist die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die nach der KSZE, K=Konferenz, 1975 in Helsinki gebildet wurde) beschlossene „Charta von Paris“:

„Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit. Durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen der Schlussakte von Helsinki bricht in Europa

¹ Einige markante Beispiele: Orbán in Ungarn; Griechenland mit Syriza, aber auch rechtsextremen Parteien; PODEMOS in Spanien; eine von Kommunisten gestützte Linksregierung in Portugal, die die Mitte-Rechts-Regierung 2015 gestürzt hat; nationalkonservative Regierung nach den polnischen Parlamentswahlen 2015; 29 % für die SVP im Herbst 2015 bei den Parlamentswahlen in der Schweiz; UKIP in Großbritannien; Front National mit Marine LePen in Frankreich; 21 % für die Dänische Volkspartei bei den Parlamentswahlen 2015; 17,7 % für die Wahren Finnen bei den Parlamentswahlen 2015; deutlich über 10 % für die Schwedendemokraten, die norwegische Fortschrittspartei, die nationale Vereinigung in Lettland und Gerd Wilders niederländische PVV schon bei den Wahlen mehrere Jahre davor; Lega Nord in Italien; FPÖ; in Deutschland haben die AFD und die Linke in Umfragen von November 2015 jeweils rund 10 %.

ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an. (...) Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrzehntelang gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Völker erfüllen, unerschütterliches Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder. (...) Wir verpflichten uns, die Demokratie als die einzige Regierungsform unserer Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken. (...) Menschenrechte und Grundfreiheiten sind allen Menschen von Geburt an eigen; sie sind unveräußerlich und werden durch das Recht gewährleistet. (...) Wirtschaftliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Verantwortung für die Umwelt sind unerlässliche Voraussetzungen des Wohlstands.“

Es gibt aber (leider?) keine Automatik, die in die „schöne neue Welt“ führt. Es gibt Krisen und Rückschläge, ja, man könnte fast sagen, wenn 1989 (mit Ausläufern 1990) das annus mirabilis war, dann war 2014 (inkl. Anfang 2015) das annus horribilis. Stichworte wie Ukraine-Krise, Putinismus, Islamischer Staat, Terror in Paris und Kopenhagen, Junge aus Europa ziehen in den Dschihad, Vormarsch der Populisten und Nationalisten, Missbehalten an der EU etc. beschreiben dieses. Der „Clash of Civilisations“ findet tatsächlich auf vielfacher Ebene statt.

Michel Houellebecq, der mit „Unterwerfung“ 2014 einen zutiefst pessimistisch stimmenden Roman veröffentlicht hat, stellt in einem Interview mit dem deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel“ (10/2015) u.a. folgende Diagnose:

„Die wahre Bedrohung der Demokratie liegt in der wachsenden Kluft zwischen dem Volk und den politischen und medialen Eliten, die in seinem Namen zu sprechen vorgeben. Dann kann es meiner Meinung nach zu Unruhen kommen, zu etwas Chaotischem und vielleicht Gewalttätigem.“

Tatsächlich sind die schrecklichen Attentate und die unkontrollierten Flüchtlingsströme für viele Menschen Quelle der Angst. Angst ist aber ein schlechter Ratgeber und bei aller notwendigen Verschärfung der Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen, der Datensammlung und der verstärkten internationalen Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden muss auch bewusst sein: Absolute Sicherheit gibt es nicht, überschießende Aktivitäten eines „Überwachungsstaates“ können Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einschränken und unser Lebensmodell der offenen Gesellschaft in Frage stellen. Damit würden die Terroristen genau das erreichen, was sie wollen. Besonnenheit und Konsequenz, nicht Panik und Hysterie sind gefordert.

Paradox der Toleranz – unverhandelbare Werte

Der große, aus Österreich stammende Philosoph Sir Karl Popper hat in seinem grundlegenden Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ festgestellt: „Wir müssen für die Freiheit planen und nicht für die Sicherheit, wenn auch vielleicht aus keinem anderen Grund als dem, dass nur die Freiheit die Sicherheit sichern kann.“

Aber er weist dort genauso auf das „Paradox der Toleranz“ hin:

„Weniger bekannt ist das Paradox der Toleranz: Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden der Toleranz. Denn wenn wir die unbeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.

Damit wünsche ich nicht zu sagen, dass wir z.B. intolerante Philosophien auf jeden Fall gewaltsam unterdrücken sollten – solange wir ihnen durch rationale Argumente beikommen können und solange wir sie durch die öffentliche Meinung in Schranken halten können, wäre ihre Unterdrückung sicher höchst unvernünftig. Aber wir sollten für uns das Recht in Anspruch nehmen, sie, wenn nötig, mit Gewalt zu unterdrücken, denn es kann sich leicht herausstellen, dass ihre Vertreter nicht bereit sind, mit uns auf der Ebene rationaler Diskussion zusammenzutreffen und beginnen, das Argumentieren als solches zu verwerfen; sie können ihren Anhängern verbieten, auf rationale Argumente – die sie ein Täuschungsmanöver nennen – zu hören, und sie werden ihnen vielleicht den Rat geben, Argumente mit Fäusten und Pistolen zu beantworten.

Wir sollten daher im Namen der Toleranz das Recht für uns in Anspruch nehmen, die Unduldsamen nicht zu dulden. Wir sollten geltend machen, dass sich jede Bewegung, die Intoleranz predigt, außerhalb des Gesetzes stellt, und wir

sollten eine Aufforderung zur Intoleranz und Verfolgung als ebenso verbrecherisch behandeln wie eine Aufforderung zum Mord, zum Raub oder zur Wiedereinführung des Sklavenhandels.“

Sätze von besonderer Aktualität. Eine Demokratie muss sich verteidigen, sie ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist daher eigentlich Pflicht jedes Demokraten, entschieden für die Errungenschaften der

Es ist daher eigentlich Pflicht jedes Demokraten, entschieden für die Errungenschaften der Aufklärung, der Demokratie, des Rechtsstaates und der unteilbaren und unveräußerlichen Menschenrechte einzutreten.

Aufklärung, der Demokratie, des Rechtsstaates und der unteilbaren und unveräußerlichen Menschenrechte einzutreten. Toleranz, Respekt, Solidarität, Religionsfreiheit, Achtung der

Gleichberechtigung und Schutz der Minderheiten unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung und Rasse sollten eine Selbstverständlichkeit sein.

Innerstaatlich heißt das, dass Parallelgesellschaften von Migranten nicht geduldet werden dürfen, dass gelingende Integration nicht nur das Erlernen der Sprache und beruflicher „skills“, sondern auch die Verinnerlichung dieses Wertemodells beinhalten muss.

Pflichtfach politische Bildung – Medienkompetenz ist gefordert

In dem im November 2015 von Integrationsminister Sebastian Kurz und dem Vorsitzenden des Integrationsbeirates, dem renommierten Demografen und Vizerektor der Wiener Uni, Heinz Fassmann, veröffentlichten 50 Punkte-Plan zur Integration heißt es u.a.: „Österreich hat einen fest etablierten Wertekanon, der nicht verhandelbar ist.“ Das müsse durch ent-

sprechende Kurse und Maßnahmen allen Migranten verdeutlicht werden. Durch Einführung des Pflichtfaches „politische Bildung“ im Schulsystem soll Kindern aus „Gebieten mit teils sehr divergierenden Grundvorstellungen zum gesellschaftlichen Zusammenleben“ frühzeitig „Wert-haltungen zu Demokratie, Menschen-rechten und zu einem Zusammenleben in Freiheit und gegenseitiger Verantwor-tung“, also eine Vorstellung vom Leben in einer pluralistischen Demokratie vermit-telt werden.

Es muss bewusst sein, dass ein säku-larer Staat Voraussetzung jeder Demokratie ist, dass staatliches Recht über je-der religiösen Vorstellung steht. So wie es den Pri-mat des Staates gegen-über der Religion gibt, muss es auch den Primat der Politik gegenüber der Wirt-schaft geben.

Politische Bildung ist aber nicht nur für Migranten(-kinder) von größter Wich-tigkeit, sondern für alle Milieus. Ein ent-scheidender Faktor dieser politischen Bildungsanstrengungen muss auch der Medienkompetenz zukommen.

Walter Osztovics, Managing Partner von Kovar & Partners, hat 30 Experten zur Zukunft der Medien befragt. Heraus kamen bedenkliche Befunde wie dieser: „Beim Mediennutzungsverhalten der Jungen entsteht die Gefahr, dass eine ganze Generation politisches Interesse, Orientierung und Diskursfähigkeit ver-liert.“

Drastischer gesagt: Es gibt junge Leu-te, die schlecht gebildet sind und sich ausschließlich über soziale Netzwerke informieren. Eine gefährliche Spirale,

denn die Info-Selektion in den sozialen Medien führe zu einem immer engeren Blick auf die Welt. „Was nicht der eigenen Meinung oder dem eigenen Interesse entspricht, wird gar nicht mehr wahrge-nommen. Rund um den User entsteht eine Filter Bubble, in der er nur jenen Teil der Welt sieht, der ihn im Stauts quo bestätigt“, warnt Osztovics. „Stammtisch bleibt Stammtisch, auch wenn er via Smartphone-App zustande kommt“, so der Studienautor. Sein Fazit: Bildung und Medienpädagogik seien gefordert.

Denn, wie schon vor einiger Zeit eine große Studie der Bertels-mann-Stiftung ergeben hat, droht eine Zweitei-lung der Gesellschaft: Schlechter gebildete, sozial benachteiligte Schichten stellen die größte Gruppe der Nichtwähler und engagieren sich am we-nigstens im politischen Prozess, haben also keine Stimme. Die Erosion der Wahl-beteiligung droht also weiter voranzu-schreiten.

Fest steht auch, dass Pluralität und Qualität der Medien für die Demokra-tie systemrelevant sind. Das rechtfertigt auch die privilegierte Stellung des öffent-lich-rechtlichen Rundfunks und die För-derung von Medien.

Die Festigung des Vertrauens in die Orientierungsfunktion seriöser Medien ist auch umso wichtiger, als immer öf-ter von der „Lügenpresse“ gesprochen wird, die angeblich aus political correct-ness-Gründen Tatsachen unterdrückt, wodurch die Diskrepanz zwischen öf-fentlicher und veröffentlichter Meinung immer größer wird. Dass Journalisten genauso wie Politiker in der Vertrauens-

So wie es den Primat des Staates gegenüber der Religion gibt, muss es auch den Primat der Politik gegen-über der Wirtschaft geben.

große Studie der Bertels-mann-Stiftung ergeben hat, droht eine Zweitei-lung der Gesellschaft: Schlechter gebildete, sozial benachteiligte

und Ansehensskala von Berufen gemeinsam am unteren Ende sind, passt ins Bild.

Vertrauen in Politik in Österreich auf neuem Tiefststand

Nun konkret zum Zustand der österreichischen Demokratie: Die Landtagswahl-Erfolge der FPÖ des Jahres 2015 sind genauso evident wie die weiteren deutlichen Verluste der die Bundesregierung bildenden Parteien SPÖ und ÖVP.

Das Vertrauen in die österreichische Politik ist auf einen neuen deprimierenden Tiefststand gesunken. Diese leider mittlerweile nicht mehr sehr überraschende und originelle Feststellung treffen nicht nur viele besorgte Beobachter und Kommentatoren, sondern dies ergibt auch der fünfte Demokratiebefund, den die Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform (angeführt vom früheren 2. Nationalratspräsidenten und Verfassungsrechtler Heinrich Neisser, den Verfassungsrechtlern Theo Öhlinger und Klaus Poier oder dem Publizisten Hubert Feichtlbauer) Ende September 2015 vorgelegt hat. Dieser Demokratiebefund soll alljährlich rund um den österreichischen Verfassungstag (die Bundesverfassung trat am 1. Oktober 1920 in Kraft) die Entwicklungen und Perspektiven der heimischen Demokratie im abgelaufenen Jahr reflektieren und Perspektiven aufzeigen.²

78 % der für den Befund repräsentativ Befragten sagten, dass sie wenig bis gar kein Vertrauen in die Politik haben. Besonders besorgniserregend ist, dass nach Ansicht der Bevölkerung die Problemlösungskraft der Bundesregierung 2015

gesunken ist und dass 47 % ein weiteres Absinken, 28 % ein Gleichbleiben und nur 14 % für 2016 eine Zunahme erwarten. Darin drückt sich zum einen das Unbehagen am „Handling“(?) des Flüchtlingsdramas und der offensichtlichen Hilflosigkeit, zum anderen an Stillstand und Blockade in zahlreichen zentralen Themen aus. Die Begriffe Verwaltungs- und Bundesstaatsreform, Gesundheits- und Pensionsreform, Bildungsreform – die Liste ist beliebig erweiterbar – drohen zur unendlichen Geschichte zu werden.

Neben den überfälligen stichwortartig benannten Reformmaßnahmen sind auch Initiativen notwendig, die demokratiepolitisch das Vertrauen der Bürger in die Politik stärken. Dazu gehört ganz sicher auch der Ausbau der direkten und partizipativen Demokratie. Die Ergebnisse der im Herbst 2015 zu Ende gegangenen parlamentarischen Enquete-Kommission waren dafür aber nicht sehr ermutigend. Die 2013 im breiten Konsens ventilierte Idee einer zwingenden Volksbefragung nach einem stark unterstützten Volksbegehren wurde vom Enquetepult gewischt. Es hat fast den Anschein, als habe das „Establishment“ systemisch Angst vor dem Bürger, dass die Wähler bei den Gewählten zuviel mitreden. Das zeigt sich auch beim Wahlrecht. Obwohl die Bürger ihre Abgeordneten kennen und wählen wollen und nicht anonyme vom Parteiapparat bestimmte Listen, ist keine ernsthafte Initiative für ein Persönlichkeitswahlrecht erkennbar. Lasset uns hoffen, dass wenigstens der Minimalkonsens bei der Erleichterung für Volksbegehren und ihrer seriöseren Behandlung im Parlament umgesetzt wird.

² Siehe www.demokratie-reform.at.

Eine wesentliche Ursache für Blockade und Stillstand ist die Dauer-Zwangskoalition von SPÖ und ÖVP und wie die Parteien damit umgehen. Keine der beiden Parteien gönnt der anderen einen Erfolg, weil das vielleicht einen kurzfristigen Umfragevorteil bringt. Nachhaltig aber sind durch diese Fehl-Positionierung die gemeinsame Selbstbeschädigung und das Befördern des Protests. Die rund 85 % Wähler-Zustimmung bei „Neustart“ der 1987 wirklich großen Koalition sind auf jetzt rund 45 % geschmolzen – wären jetzt Nationalratswahlen, gäbe es jedenfalls keine Parlamentsmehrheit für die beiden Ex-Großparteien, die bundesweit zur zweiten und dritten Kraft herabgesunken sind, während die Strache-FPÖ bei deutlich über 30 % liegt.

Ein Wahlrecht, das die eindeutige Zuordnung der Verantwortung und eine entscheidungsfähige Regierung bringt, wie es auch am ÖVP-Bundesparteitag mit nahezu Zweidrittelmehrheit gefordert wurde, wäre ein Gebot der Stunde, ist aber realpolitisch in weite Ferne gerückt. Ein solches Wahlrecht würde klare politische Alternativen fördern und würde – je nach konkreter Ausgestaltung – für kleinere Parteien wie Grüne und Neos attraktive und erfrischende Koalitionsmöglichkeiten eröffnen. Man müsste nur den Mut haben, die Bevölkerung zu fragen, ob sie tatsächlich HC Strache als Bundeskanzler wollen oder nicht doch eher als scharfzüngigen Oppositionellen.

Welche Blüten die Politikerverdrossenheit in Österreich schon treibt, sieht man auch an der Debatte über die 2016 bevor-

stehende Bundespräsidentenwahl. Nicht die potentiellen Kandidaten der Regierungsparteien, sondern die ehemalige Oberstrichterin Irmgard Griss und der grüne Altstar Alexander van der Bellen führen die Umfragen an. Irmgard Griss brachte das in einem Interview für die „Salzburger Nachrichten“ am 27.11.2015 auf den Punkt:

„Ich habe das von Anfang an gesagt, dass die Begeisterung für eine Kandidatur von jemandem, der bisher nicht in der Politik war, ein bezeichnendes Licht auf den Zustand unserer Politik wirft. Ich habe schon gesagt: ‚Es zeigt die tiefe Sehnsucht nach einer Lichtgestalt – was

zwangsläufig zu einer Enttäuschung führen muss.‘ Es gibt definitiv ein Gefühl bei vielen Menschen, dass sich etwas ändern muss. Es darf nicht diese ver-

Ein Wahlrecht, das die eindeutige Zuordnung der Verantwortung und eine entscheidungsfähige Regierung bringt, wäre ein Gebot der Stunde, ist aber realpolitisch in weite Ferne gerückt.

krustete Parteienlandschaft alles bestimmen, sondern es braucht neue Menschen in diesen Funktionen, die auch etwas Neues einbringen. – Menschen, die nicht so reden wie Politiker, die nicht so denken wie Politiker, die aber trotzdem ein politisches Bewusstsein haben, auch ein Streben nach Veränderung und auch die notwendige Verantwortung und Kompetenzen mitbringen“.

Abschließend seien zwei bedeutende deutsche Denker zitiert – Heinrich August Winkler und Udo di Fabio.

Der Historiker Heinrich August Winkler hat gegenüber „Spiegel“ und „Zeit“ zu Jahresbeginn 2015 u.a. Folgendes geäußert:

„Zur aktiven Verteidigung der repräsentativen Demokratie gehört der offen ausgetragene parlamentarische Mei-

nungskampf um die Grundfragen der Politik. Große Koalitionen müssen schon deswegen Ausnahmen sein, weil unter ihnen große Parlamentsdebatten selten sind. Wer der Entfremdung zwischen Parteien und Bevölkerung entgegenwirken will, tut gut daran, Parteiversammlungen für Nichtmitglieder zu öffnen und die Mitglieder, vielleicht sogar registrierte Sympathisanten durch Urabstimmungen an der Kandidatenaufstellung für Bundestag und Europaparlament zu beteiligen, also primaries nach amerikanischem Vorbild einzuführen.

Der ‚Eurofrust‘ lässt sich nur überwinden, wenn die nationalen Parlamente die großen Fragen der Europapolitik diskutieren, bevor in Brüssel weitreichende Entscheidungen fallen. Ein Mehr an europäischer Integration um den Preis von weniger Demokratie darf es nicht mehr geben.“

Die immer stärker werdende Europaskepsis und das Erstarken nationalistischer Bewegungen ist gerade im Jahr 2015 besonders gefährlich, da offensichtlich ist, dass eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, aber auch eine koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik notwendiger denn je sind, wenn die EU die Herausforderungen bewältigen will. Dazu müssen aber die Bürger überzeugt werden. Denn während die Eliten „mehr Europa“ wollen, verlangen immer mehr Bürger „weniger Europa“. Vielleicht sollte sich die EU auch stärker auf das Subsidiaritätsprinzip besinnen und weniger Glühbirnen- und Staubsaugerverordnungen erlassen. Es muss also auf allen Ebenen um Vertrauen gerungen werden.

Und Winkler führt weiter aus: „Ohne Menschen- und Bürgerrechte, ohne unabhängige Justiz, ohne Rechtsstaatlich-

keit kann das Mehrheitsprinzip zu autoritären und totalitären Konsequenzen führen. (...) Die Gedanken von Volkssouveränität und repräsentativer Demokratie dürfen nicht isoliert werden von der Idee der Herrschaft des Rechts und der Gewaltenteilung als Bedingungen der Zivilgesellschaft. Wo diese Bedingungen fehlen, kann man nicht von pluralistischer Demokratie sprechen. Das Mehrheitsprinzip allein reicht nicht aus, um eine freie Gesellschaft hervorzubringen. (...) Ich glaube zwar nicht an die zwangsläufige Durchsetzung der westlichen Werte, bin aber der Meinung, dass die Auseinandersetzung um die Ideen des 18. Jahrhunderts weitergehen wird. Und wenn das ein optimistischer Ansatz ist, dann bin ich Optimist im Sinne von Immanuel Kant. Das Denken des Philosophen aus Königsberg läuft darauf hinaus, dass Optimismus geradezu sittliche Pflicht sein kann.“

Leadership unabdingbar

Daher: Optimismus ist sittliche Pflicht, wie auch Karl Popper postuliert. Die westliche Demokratie und die EU haben in den letzten Jahrzehnten viele Krisen erlebt und auch bewältigt. Die Geschichte der Demokratie und die der EU können natürlich als Geschichte der Korruption, Fehlschläge, Skandale und Krisen erzählt werden. Aber wie Jean Monnet, einer der geistigen Gründerväter der EU, gesagt hat. „Europa wird in den Krisen geschaffen und es wird die Summe der Lösungen sein, die für diese Krisen gefunden werden.“

Gewiss: Es sind institutionelle Reformen und Lösungen erforderlich. Entscheidend aber ist „leadership“ – also

politische Spitzenpersönlichkeiten, die Orientierung geben und das Notwendige und Zukunftsorientierte mehrheitsfähig machen – in Europa und in Österreich.

Dem langjährigen deutschen Verfassungsrichter Udo Di Fabio ist beizupflichten, der vor wenigen Wochen sein neues Buch „Schwankender Westen. Wie sich ein Gesellschaftsmodell neu erfinden muss“ vorlegte. Er betont trotz aller Schwächen und Anfechtungen auch aus der Perspektive der oft schmerzhaften Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts: „Nur dieses Gesellschaftsmodell erwies sich

als dauerhaft: jene Zivilisation, die von der unantastbaren Würde des Menschen und der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit ihren Ausgangspunkt nimmt, die über alle Krisen hinweg daran entschieden festhält.“

Es gilt uneingeschränkt die Churchill-Sentenz aus dem Jahr 1947: „Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von allen anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ Demokratie ist daher ein Gesellschafts- und Lebensmodell für alle Jahreszeiten.